



BürgerInnenbrief

23. Mai 2011

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Recht auf Stadt +++ Schuldenbremse +++ Billige Wohnungen +++ Müllberg +++ Wie linke Opposition behindert wird

Right to the City. Der Kongress

Von Heike Sudmann



Plakat gegen die weitere Zentrifizierung des Schanzenviertels in der Ludwigstraße

Nach rund zwei Jahren Existenz lädt das Hamburger Netzwerk »Recht auf Stadt« (RaS) in Kooperation mit der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) vom **2. bis 5. Juni** zur »kollektiven Verwirrung, Begegnung, und Zerstreuung« auf einem großen Kongress ein, zu dem mehrere Hundert TeilnehmerInnen erwartet werden. In über 50 Workshops sollen Fragen der gegenwärtigen Stadtentwicklung unter kritischem Vorzeichen debattiert werden. Die Eröffnung findet am **2. Juni um 20:30 Uhr** in der »Roten Flora« am Schulterblatt statt, auf der die Ziele des Kongresses vorgestellt werden: »In der Auftaktveranstaltung wollen wir sichtbar machen, wie in der neoliberalen Stadt Menschen ausgeschlossen werden: Wer darf hier sein und wer nicht? Welche Rolle spielen Wirtschaft und Politik als

Motoren der sozialen Spaltung innerhalb von Stadt und zwischen den Städten? Wie werden Identitäten durch Raum gebildet und wer nimmt sich überhaupt wie Raum?« Referentin ist Yvonne P. Doderer vom »Büro für transdisziplinäre Forschung & Kulturproduktion« aus Stuttgart.

Natürlich geht es bei einem in Hamburg stattfindenden Kongress in zahlreichen Workshops auch um die Themen, die den BewohnerInnen und AktivistInnen der entsprechenden Viertel und Quartiere der Stadt auf den Nägeln brennen. Die InitiatorInnen wollen aber ausdrücklich Blicke weit über die Stadt hinaus werfen und haben dafür zahlreiche internationalen Gäste gebeten, ihre Erfahrungen und Sichtweisen beizusteuern. Die BesucherInnen erwarten also auch Erfahrungs-

berichte und neue Impulse aus den sozialen Bewegungen z.B. in Caracas, Zürich, New York, Istanbul und anderen Regionen der Welt. Es stehen alle Ebenen des städtischen Lebens zur Diskussion, mal aus feministischer Perspektive, mal mit autonomer Grundhaltung, es geht um Gentrifizierung, Mobilität, Stadtteilarbeit, Hartz IV und vieles andere mehr.

Neben den Foren und Workshops in der Flora, im Gängeviertel, im Centro Sociale und anderen Brennpunkten der »Recht auf Stadt«-Bewegung gibt es auch einige Unternehmungen »außerhalb«. Die Initiative »Altopia« zeigt, wie die Neue Mitte Altonas aussehen soll und was davon zu erwarten ist, die Hafengruppe Hamburg und der Verein Zukunft Elbinsel laden ein zur alternativen Haf Rundfahrt.

Wer sich in Hamburg mit Stadtentwicklung beschäftigt, auf kapitalismuskritische Perspektiven nicht verzichten, einen großen Teil der Hamburg Widerstandsinitiativen gegen Gentrifizierung kennenlernen und sich zudem noch einmischen möchte, ist beim RaS-Kongress genau richtig. Eine Anmeldung im klassischen Sinne gibt es nicht, wer kann, zahlt 10 Euro Eintritt (plus Spende) und kommt. Die Kongress»zentrale« befindet sich im »Centro Sociale« in der Sternstraße 2. Alle weiteren Informationen über das Programm gibt es im Netz

unter <http://kongress.rechtaufstadt.net/>. Den Abschluss bildet am **5. Juni** eine »musikalische Demo, wie sie Hamburg noch nicht gesehen hat«. Um **13:00 Uhr** wird im Park Fiction (Hafenstraße) gestartet, die Schlusskundgebung findet gegen 16:30 Uhr rund um den Lunapark (Memellandallee) statt. Mit rotzigen Beatz geht es gegen Vattenfalls »saubere« Schneisen, also darum, unter anderem das Kohlekraftwerk Moorburg und die Fernwärmetrassen des Energiekonzerns »wegzubassen«: **Bass Away Vattenfall!** Zugleich eine gute Unterstützung für das Volksbegehren »Unser Hamburg - Unser Netz«, für das zwischen dem 2. und 22. Juni mindestens 75.000 Unterschriften gesammelt werden müssen, um über einen Volksentscheid die Energienetze und die Fernwärmeversorgung in die öffentliche Hand zurückzuholen.

Zur inhaltlichen Vorbereitung des Kongresses sind bereits im April Thesen vorgelegt worden, die Fragen aufwerfen und wichtige Akzente für eine Auseinandersetzung mit den ungerechten Verhältnissen in unserer Metropole setzen – mit allem, was CDU, GAL und SPD an Konzepten à la »Unternehmen Stadt«, »Wachsende Stadt«, »Wachsen mit Weitsicht«, »Kreative Stadt« etc. geliefert und vorgegaukelt haben. Wir dokumentieren sie im Folgenden.

Thesen zum Kongress

Kernschmelze in Imagecity: Die Krise der neoliberalen Stadt

Beginnen wir mit dem Unerfreulichen. Und davon gibt es mehr als genug: Das aktuelle Stadtentwicklungsmodell verschärft soziale Spaltungen und Segregationen, organisiert Räume des Ausschlusses, Doorman-Häuser, Kreativquartiere, Business Improvement Districts, Residenzpflicht, Freihandelszonen, soziale Brennpunkte, verstrahltes Ödland. Schauen wir von der Metaebene ausgehend auf die Stadt und analysieren die Zusammenhänge zwischen Globalem & Regionalem, Inner- & Außerstädtischem und sezieren die ideologischen Schichten der neoliberalen Stadt.

Feindliche Umarmung: Partizipation & Vereinnahmung

Die zunehmenden Proteste gegen neoliberale Raumpolitik beantworten die Herrschenden mit einem ausgeklügelten Instrumentarium: Kooperationsangebote im von oben bestimmten Rahmen hier, Repressalien dort. Multikulturelle Symbolik in der Imagebroschüre, Kontrolle von Migrant_innen in der S-Bahn. Mitmach-Kunst in Wilhelmsburg, Blockade von Bürgerentscheiden auf Stadtebene.

Der Widerstand selbst wird entpolitisiert, kulturalisiert, personalisiert und entschärft. Wie parieren wir den partizipatorischen Kuschelangriff? Gibt es Wege aus der Vereinnahmungsfalle?

PPP – Pop, Produktion, Prekarisierung

Mit dem Ende des Industriezeitalters gewinnen Städte wieder an Bedeutung als Orte der Produktion – diesmal von Bedeutungen, Images, Netzwerken, Haltungen, Subkulturen, die den Kern der neuen kapitalistischen Wertschöpfung bilden. Der »Subjektive Faktor«, einst feministisch geprägter Einwand gegen die funktionale Zurichtung von Leben und Politik in der Fabrikgesellschaft, dient als kreative Ressource des prekarierten »unternehmerischen Selbst«. Letzteres ist auf gut vernetzte, offene Viertel angewiesen – die Gentrifizierungsgebiete, denen die Absturzzonen am Rande der Stadt gegenüber stehen – und mehr noch, auf eine ausbeuterische Warenproduktion in den Maquiladoras des globalen Südens. Denn deren Schwerstarbeit, die erst die Dinge fürs Leben zu Schleuderpreisen schafft, ist das dunkle Geheimnis der »kreativen Klasse«. Welche neuen Allianzen bieten Möglichkeiten für Widerstand in der vollintegrierten Stadtfabrik? Wie sieht eine selbstbe-



stimmte städtische Ökonomie aus, die sich nicht zum Komplizen der globalen Ausbeutung macht? Am Horizont leuchtet ein altes Versprechen wieder auf: die Aneignung der Produktionsmittel.

Tools, Tricks, Tänze: Vive la Différence!

Städte sind verdichtete Unterschiedlichkeiten. Klingt banal, stellt aber einen erheblichen Bruch mit politischen Vorstellungen dar, die auf Homogenität, fixierte Identitäten, saubere Abgrenzung oder die Einheitspartei setzen. Dem gentrifizierungskritischen Diskurs wird häufig eine latente Fremdenfeindlichkeit unterstellt. Die Forderung nach einem Recht auf Stadt bedeutet demgegenüber: das Recht auf Differenz, auf Abweichung von Verhaltens- oder Gender-Normen, das Recht auf freie Migration. Doch wie könnte eine emanzipatorische Praxis aussehen, die diese Unterschiedlichkeiten anerkennt, die verdrängte Stimmen hörbar macht – statt sie zu nivellieren? Wir beobachten, dass sich an den jüngst erkämpften Orten die Plattformen des Austauschs multiplizieren, andere Sprechweisen entstehen. Uns interessieren Praktiken, Tools, Tricks, Räume kollektiver Selbstorganisation, die über die standardisierten Formen des »Plenums« oder der »Demonstration« hinausgehen. Wie lässt ihr unterschiedliche Sprachen und Formen des Wissens sich »gegenseitig schlauer machen«?

Access All Areas! Kämpfe um das Recht auf Stadt

Noch vor kurzem schienen die Widerstände auf dem glitschigen Terrain des Postfordismus keinen Halt mehr zu finden. Doch plötzlich flackern verräumlichte soziale Auseinandersetzungen auf und beginnen sich zu vernetzen. Zeigen sich die Umriss einer neuen sozialen Bewegung?

Wenn soziale Fragen als Raumfragen gestellt werden, eröffnen sich neue Möglichkeiten gemeinsamen Handelns: Besetzte Freiräume verknüpfen sich mit dem Widerstand gegen Großprojekte, gegen Gentrifizierung, gegen die Privatisierung öffentlicher Dienste. Kunstkollektive und Unternehmen auf Raumsuche werden Kompliz_innen unzufriedener Mieter_innen.

Vernetzen wir die Aneignung von Räumen und Ressourcen mit der Verteidigung irregulärer Viertel gegen Abrisspolitik! Verzahnen wir Initiativen von Wohnungslosen mit dem Widerstand gegen Zwangsräumungen! Verstärken wir Mieter_inneninitiativen mit Leerstandskampagnen! Verdrahten wir die Gegner_innen der Umweltzerstörung mit den Kämpfen von Einwanderer_innen fürs Bleiberecht! Erweitern wir den Handlungsraum des zivilen Ungehorsams durch kunstvolle und militante, listige und symbolische, virtuelle und direkte Aktionen!

Utopischer Überschuss – Eine Stadt für alle

Unsere Lieblingsrubrik am Ende: die Utopie! »Es gibt kein Denken ohne Utopie, ohne Erforschung des Möglichen, des Anderswo«, schreibt Henri Lefebvre. Und weil das so ist und Unmöglich-Mögliches bereits an einigen Orten durchschimmert, wollen wir uns in dieser Rubrik dem Erfreulichen widmen: Welche Gegenstrategien und Alternativen gibt es? Wie kann sich ein Recht auf Stadt genommen werden? Lassen sich verräumlichte Kämpfe auch zwischen Städten, über Kontinente, zu einem wirkungsvollen Rhizom verbinden? Wie könnten transnationale Räume aussehen, die nicht-hierarchisch, sondern basisorganisiert funktionieren? Wie können städtische Ressourcen und Gemeingüter gerecht verteilt und auch für nächste Generationen gesichert werden? Oder – um mit Park Fiction zu fragen: Was passiert, wenn die Wünsche die Wohnung verlassen und auf die Straße gehen...?

VSA: Initiativen für ein Recht auf Stadt

Andrej Holm/Dirk Gebhardt (Hrsg.)

Initiativen für ein Recht auf Stadt | Theorie und Praxis städtischer Aneignungen

288 Seiten | EUR 19.80 | ISBN 978-3-89965-395-3

Immer mehr Initiativen fordern eine Beendigung von Ausgrenzung und Diskriminierung sowie ihre Beteiligung am städtischen Leben. Ihre Parole nach einem »Recht auf Stadt« geht auf den französischen Soziologen Henri Lefebvre zurück. Seine Thesen werden in diesem Band diskutiert. Zusätzlich geht es um die Erfahrungen städtischer Proteste: des **Netzwerkes »Recht auf Stadt« in Hamburg**, der sozialen Kämpfe von SexarbeiterInnen in Madrid, von »irregulären« MigrantInnen in Barcelona und Den Haag, der StraßenhändlerInnen in Dhaka, gegen Tourismus-Gentrifizierung in San Telmo (Buenos Aires), der Wohnungslosenbewegung in Brasilien und für gegenkulturelle Räume in Istanbul. Als ein spannendes Gegenmodell zur neoliberalen Neuordnung des Städtischen wird zudem die in Virginia (USA) entwickelte Vision eines »kommunalen Sozialismus« vorgestellt. Aus den Ansätzen der internationalen »Right to the City«-Bewegungen können Impulse für stadtpolitische Initiativen hierzulande gewonnen werden: breite Bündnisse und vielfältigste Aktionsformen. Eine (Re)Politisierung der Stadtentwicklung ist möglich!

Im Buchhandel oder bei VSA: St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg | www.vsa-verlag.de



Schuldenbremse für Hamburg ausbremsen?

von Joachim Bischoff



In Griechenland treibt die Schuldenbremse die Menschen in Teuerung und Not

Nach der im Grundgesetz verankerten Schuldenregel muss der Bund sein um Konjunkturfälle und Einmaleffekte bereinigtes Haushaltsdefizit bis 2016 auf 0,35% der Wirtschaftsleistung zurückfahren. Und die Bundesländer dürfen vom Jahr 2020 an keine neuen Schulden in normalen Zeiten mehr machen.

Damit eine praktische Umsetzung erzwungen werden kann, wurde ein Stabilitätsrat installiert. Im Zusammenhang mit der Regelung im Grundgesetz wurde also ein gemeinsames Gremium des Bundes und der Länder geschaffen. Hauptaufgabe des Stabilitätsrates ist die Überwachung der Haushalte des Bundes und der einzelnen Länder, um eventuell drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig zu erkennen und durch Sanierungsverfahren entgegensteuern zu können. Hierzu legt jede Gebietskörperschaft einen jährlichen Stabilitätsbericht vor, in dem bestimmte Kennziffern zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung dargestellt werden sowie über die Einhaltung der verfassungsmäßigen Kreditaufnahmegrenzen Auskunft erteilt wird. Es kann also nach dieser Konstruktion keine Sonderdarstellung geben, durch die die faktische Konstellation verschleiert wird. Die Berichte enthalten auch eine Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung. Sollte dem Bund oder einem Land eine Haushaltsnotlage drohen, kann der Stabilitätsrat mit der betroffenen Gebietskörperschaft ein Sanierungsprogramm vereinbaren.

Um die Schuldenbremse einzuhalten, erhalten fünf finanzschwache Bundesländer von 2011 an bis einschließlich 2019

Finanzspritzen. Berlin, Bremen, das Saarland, Schleswig-Holstein sowie Sachsen-Anhalt erhalten Konsolidierungshilfen von jährlich insgesamt 800 Millionen Euro. Mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt müssen die anderen vier Länder wegen »drohender Haushaltsnotlage« künftig ein mehrjähriges Sanierungsprogramm umsetzen. Erstmals in der bundesdeutschen Geschichte werden vier Länder mit maroden Finanzen einer strengen Haushaltskontrolle unterworfen. Zugespitzt kann man sagen, dass diesen Ländern der politische Handlungsspielraum bei der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten erheblich beschnitten werden wird.

Hamburg ist laut vorgelegtem Stabilitätsbericht 2010 noch nicht in der Gefahrenzone einer drohenden Haushaltsnotlage. Aber angesichts der aufgestauten Unterfinanzierungen in etlichen Bereichen (Bildung, Infrastruktur) und der fragilen Einnahmen ist die rote Linie schon in Sichtweite. Trotz erheblicher Steuermehreinnahmen von ca. vier Milliarden Euro bis 2014 will die SPD-Regierung an einem strikten Sparkurs festhalten. »Wir müssen die Steuermehreinnahmen nutzen, um die Neuverschuldung zu reduzieren«, sagt Finanzsenator Peter Tschentscher. Weil der politische Wille des SPD-Senats darauf abzielt, dass Schuldentilgung Vorrang vor höheren Ausgaben haben soll, sollen in Hamburg einige Bereiche des öffentlichen Sektors geschrumpft werden:

- Zentraler Punkt der Schrumpfkur ist der öffentliche Dienst. Vor allem soll beim Weihnachtsgeld von Beamten gespart werden, auch wenn die Kürzungen nicht ganz so hoch aus-

fallen wie von der schwarz-grünen Vorgängerregierung geplant. Der Senat will zudem mit Stellenstreichungen einen strikten, zehn Jahre dauernden Sparkurs durchsetzen. Pro Jahr soll es sich um 250 Stellen handeln, sollten Tarifabschlüsse von über einem Prozent erreicht werden, müsse eventuell sogar noch mehr gespart werden. Der Finanzsenator erklärt: »Jede Tarifsteigerung über einen Prozent erfordert eine größere Personalreduktion als ohnehin geplant.« Ausgenommen seien Lehrer, Polizei und Feuerwehr. Neue Stellen solle es mit Ausnahme von Lehrkräften überhaupt nicht mehr geben.

- Auch das Budget der Wissenschaftsbehörde soll spürbar schrumpfen. Dabei müssen insbesondere die Hochschulen einen entscheidenden Beitrag leisten, weshalb sich in der Wissenschaft Widerstand gegen die Kürzungen formiert. »Die bisher bekannt gewordenen Sparpläne des Senats sind aus Sicht der Hochschulen katastrophal... Nicht nur bleiben die schon damals scharf kritisierten Sparmaßnahmen des schwarz-grünen Senats weitestgehend bestehen, sondern es sind zusätzlich Personalabbau und erhöhte globale Minderausgaben geplant«, argumentiert der Präsident der Hochschule für Angewandte Wissenschaft Hamburg (HAW), Michael Stawicki. Außerdem werde der Pakt, den Behörde und Hochschulen geschlossen haben, um Steigerungen bei Löhnen, Gehältern und Preisen auszugleichen, nicht verlängert, sodass hier nicht ausfinanzierte Zusatzkosten auf die Hochschulen zukommen würden.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz und sein Finanzsenator Tschentscher sind sich in der Zielvorstellung einer langen Spardiät einig: »Wir wollen das Ziel des Grundgesetzes erreichen, ab 2020 keine neuen Schulden mehr zu machen.« Und: Die SPD wird »aus Zeitgründen« die Planungen von Schwarz-Grün als »technische Grundlage« übernehmen (einschließlich der darin enthaltenen »Konsolidierungsmaßnahmen«) - bereinigt lediglich um die größten falschen Ansätze der schwarz-grünen Koalitionäre. So hatte Schwarz-Grün

die Ausgaben für gesetzliche Leistungen (Pflege, Gesundheit, Soziales, Familie) für den Haushalt 2011/2012 um 271 Mio. Euro zu niedrig angesetzt. Insgesamt summieren sich die »fragwürdigen Veranlagungen« in diesem Zeitraum auf 407 Mio. Euro.

Gestopft werden soll dieses »neue« Haushaltsloch durch die absehbaren Einsparungen bei den Zinsen, die Reduzierung der von Schwarz-Grün übermäßig hoch angesetzten Rückstellungen für Mehraufwendungen und die Abgreifung der Haushaltsreste der Behörden. Die aus den Wahlversprechen (KITA-Sofortprogramm, mehr Geld für Straßenreparaturen, Anhebung des Kulturretats und anderes mehr) resultierenden Mehrausgaben in Höhe von knapp 100 Millionen Euro in den Jahren 2011/2012 sollen durch Verzicht auf einige schwarz-grüne Projekte (Stadtbahn, Shared Space), Griff in die Reservekassen der Behörden und den Abbau von 250 Arbeitsplätzen finanziert werden.

Eine Alternative, die die Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der BürgerInnen der Stadt im Blick hat, zu dieser Art der »Haushaltskonsolidierung« ist nur zu haben, wenn auch die Einnahmen deutlich verbessert werden. Doch Einnahmeverbesserungen sind in den Haushaltsplanungen des Senats - trotz anders lautender Ankündigungen - offensichtlich tabu.

Bedingt durch die schwere Wirtschaftskrise, die teuren schwarz-grünen Leuchtturmprojekte, aber auch die Steuerenkungspolitik der diversen Bundesregierungen ist die Verschuldung der Stadt in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Insofern müssen die sich jetzt abzeichnenden Steuermehreinnahmen sicherlich auch für eine Begrenzung der Neuverschuldung eingesetzt werden. Gleichzeitig hat Hamburg aber sehr viele offene Vollzugsdefizite bei öffentlichen Leistungen mit unaufschiebbarem Handlungsbedarf. Schulen und Universitäten müssen dringlich saniert werden. Zur Linderung der großen Wohnungsnot muss massiv in den öffentlich geförderten Wohnungsbau investiert werden. Im Bereich

joachimbischoff.de

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

The screenshot shows the website for Dr. Joachim Bischoff, a member of the DIE LINKE Fraktion in the Hamburg City Council. The header includes his name, title, and affiliation. Below the header is a navigation menu with links for Home, Programmes, Speeches, New Publications, and Topics. The main content area features a section for 'Kommentare zu politischen Ereignissen in Hamburg' with a specific comment titled 'Die „Gagfish“ in öffentliche Hand!' published on 21. April 2011. The comment text discusses the 'Gagfish' (a company) and its relationship to the city of Hamburg. On the right side, there are sections for 'Alle Beiträge' (All Contributions) and 'Die Themen' (The Topics), listing various subjects and their respective article counts.

der Arbeitsmarktpolitik gibt es auch wegen der von Schwarz-Grün durchgedrückten Kürzungen (mit der Folge des ersatzlosen Wegfallens von Fortbildungsangeboten und öffentlich geförderter Beschäftigung) dringenden Handlungsbedarf, und der geplante Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst führt zu mehr Arbeitsstress für die Beschäftigten und zum Abbau von öffentlichen Dienstleistungen, der den BürgerInnen nicht zuzumuten ist.

Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist unbestreitbar eine zentrale politische Aufgabe der kommenden Jahre – dass diese Aufgabe durch die 2009 in das Grundgesetz aufgenommene »Schuldenbremse« befördert wird, bestreite ich allerdings nach wie vor. Der Effekt dieser Grundgesetzänderung wird lediglich in einer drastischen Zuspitzung der Finanzsituation der Länder und in der Folge auch der Kommunen bestehen und die schon jetzt existierende Demokratiekrise verschärfen, denn immer weniger Gebietskörperschaften werden den ihnen von den WählerInnen erteilten demokratischen Auftrag aufgrund restriktivster Finanzierungsbedingungen überhaupt wahrnehmen können.

Selbstverständlich müssen bei den Haushalten alle öffentlichen Ausgaben einer präzisen Kritik unterzogen werden. Aber die Hypothese, dass im Bereich der Sach- und Fachausgaben oder aber beim Personal des öffentlichen Dienstes enorme Kürzungspotenziale zu entdecken sind, bestreite ich entschieden. Schon in den letzten Jahren wurde eine Verschlangungspolitik beim Staat betrieben, die gesetzlichen Leistungen werden mit einem Minimum an Beschäftigten realisiert und weite Bereiche der öffentlichen sozial-kulturellen Infrastruktur sind unterfinanziert. Wenn man diese Entwicklung umkehren und nicht noch zusätzlich »Zukunftsinvesti-

tionen« für Infrastruktur, Forschung und Bildung einschränken will, muss man Maßnahmen einer ausgabengerechten Einnahmepolitik auf den Weg bringen.

Der SPD-Senat sollte deshalb die Hälfte der absehbaren Steuermehreinnahmen für die Linderung der genannten Unterfinanzierungen verwenden. Dies würde zur Stärkung der regionalen Wirtschaft durch mehr Einkommen und Wertschöpfung führen. Die Stärkung der Hamburger Wirtschaftspotenziale und Einkommenskreisläufe wäre eine kluge Politik gegenüber künftigen Risiken und wirtschaftlichen Rückschlägen. Und: Das Verschuldungsproblem ist auch auf Hamburger Ebene allein durch konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen nicht zu lösen. Dazu brauchen wir vielmehr eine Stärkung der Einnahmeseite wie die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine stärkere Belastung von Unternehmens- und Vermögensbesitzern durch höhere Einkommens- und Erbschaftssteuern.

Gewichtige Einnahmeerhöhungen sind allerdings in den »roten« Planungen nicht vorgesehen. Die einzige Botschaft in dieser Hinsicht lautet: Die schon von Schwarz-Grün angekündigte Aufstockung des Personaltableaus der Steuerfahndung um lächerliche sechs Stellen soll von der Stellenkürzerei ausgenommen werden. Dies ist angesichts der Tatsache, dass Hamburg – wie die den Steuerbehörden zugespielten CDs mit Daten von Steuerhinterziehenden gezeigt haben – eine Hochburg des Steuerbetrugs ist, deutlich zu wenig und politisch völlig inakzeptabel. Das Gleiche gilt für den Verzicht auf Initiativen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer und zu einer Reform der Gewerbe- und Grundsteuer, denn allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnte den städtischen Haushalt um jährlich 1,5-2,0 Mrd. Euro entlasten.

Mehr billige Wohnungen, und zwar schnell!

Nach wie vor vergeht keine Woche, in der nicht die Hamburger Wohnungspolitik im Fokus öffentlicher Erörterungen und Proteste steht. Am 21. Mai titelte die Morgenpost »So explodieren die Wohnungspreise«. Auf der Basis einer bundesweiten Makler-Umfrage der Zeitschrift »Capital« wird bescheinigt, dass die Kaufpreise für Wohnungen seit 2001 nirgends so stark gestiegen sind wie in der Elbmetropole. Parallel zu diesem »Rekord-Anstieg« entwickeln sich »unbezahlbare Mieten«. In den drei Stadtteilen Harvestehude, Hafencity und Rotherbaum klettern die Mietpreise zum Teil auf über 20 Euro je Quadratmeter, im Unterschied zu anderen Großstädten finden sich in Hamburg im innenstadtnahen Bereich keinerlei Angebote mehr unter 8 Euro.

Spiegel Online meldete kürzlich, dass die Durchschnittsmieten in Hamburg im Jahre 2009 um 7% angestiegen seien. Laut »Empirica-Datenbank« waren es bei Neuvertragsmieten Mitte 2010 7,4%. Auch schon in den beiden Vorjahren waren die Mieten beträchtlich schneller als die Inflationsrate oder die durchschnittlichen Lohnerhöhungen angestiegen. Die durchschnittliche Angebotsmiete wurde bei Neubauwoh-

nungen 2009 mit 10,21 Euro/qm angegeben, die Angebotsmiete für (vergleichbare) Bestandsobjekte mit 8,72 Euro. Vorneweg liegt St. Pauli, hier stiegen die Mietpreise bei Neuvermietungen von 2006 bis 2009 um fast 28%. Es kann also in der Tat von einer »Explosion« der Mieten gesprochen werden.

Wie reagiert der Senat auf all diese Entwicklungen? Nach einem fulminanten Fehlstart (»Es gibt keine Wohnungsnot in Hamburg!«) müht sich die neue Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau (SPD) redlich, den politischen Flurschaden wettzumachen. Bereits Ende März hatte sie einen »Pakt mit der Wohnungswirtschaft« angekündigt, um den Neubau der schon im Wahlkampf von Olaf Scholz versprochenen 6.000 neuen Wohnungen voranzutreiben. Auch wenn dieses Ziel bereits wieder zurückgefahren wurde, sind doch eine Reihe von Maßnahmen in Aussicht genommen, die die dramatische Lage auf dem Wohnungsmarkt zumindest tendenziell entschärfen könnten.

Senatorin Blankau und Wohnungs-Staatsrat Michael Sachs versprechen eine Menge:



Demo-Transparent am 30. April vor der Roten Flora

- Neubau von 6.000 Wohnungen jährlich, davon 2.000 öffentlich geförderte (darunter 1.200 zum Mietpreis von 5,80 Euro/qm, 800 zum Preis von 7 bis 9 Euro/qm im Rahmen der Schaffung einer zweiten Förderstufe »für die Mittelschicht«);
- Verlängerung der Bindungen bestehender Sozialwohnungen;
- »Jedes größere Bauprojekt soll in Zukunft aus 30% öffentlich gefördertem Wohnraum bestehen« (Sachs in der Mopo vom 11.5.2011).
- Vorlage und Realisierung von bezirklichen Wohnungsbauprogrammen;
- Deklaration von SAGA GWG und Genossenschaften als Impulsgeber am Wohnungsmarkt;
- Vergabe von städtischen Grundstücken nicht mehr nach dem Höchstgebot, sondern nach Konzeptqualität;
- Beschränkung der aufwändigen und teuren Wärmedämmung im Wohnungsbestand;
- Ausweitung und beschleunigte Anwendung des Instruments der sozialen Erhaltungsverordnung;
- Verbesserung der Datenbasis mittels eines Sozialmonitorings und einer Wohnungsmarktstudie.

Noch kennt niemand den angekündigten Vertrag mit der Wohnungswirtschaft, doch zumindest kann mit diesen Äußerungen schon einmal wohnungspolitisches Terrain zurückerobert werden. Der anvisierte Pakt mit der Wohnungswirtschaft wird von der LINKEN begrüßt, auch das Gros der Maßnahmen ist positiv zu bewerten. Schon im vergangenen Jahr hatte die Linksfraktion eine gesamtstädtische Initiative angemahnt, allerdings um dem Bau von genügend Sozialwohnungen in den kommenden Jahren Vorrang einzuräumen. Doch obwohl es sich dabei um das Kernproblem des Hamburger Wohnungsmarktes handelt, passiert genau hier zu wenig. Weder reicht die erst zum Sankt-Nimmerleins-Tag erreichte Zielzahl von 6.000 Wohnungen (eh nur ein Tropfen auf den

heißen Stein bei schon heute fehlenden 40.000-80.000 Wohnungen), noch sind 2.000 öffentlich geförderte Wohnungen ausreichend, davon fast die Hälfte zum Preis von 7 bis 9 Euro. Der Senat hat offenbar die Dramatik noch immer nicht verstanden: Im Durchschnitt zehnpromtente Mietpreiserhöhungen seit Anfang 2010, massive Verdrängungsprozesse in den citynahen Quartieren, aber längst auch in Wilhelmsburg, Barmbek und anderswo – all das zeigt, dass viel stärker und schneller eingegriffen werden müsste, zum Beispiel durch erheblich mehr Sozialwohnungen in der östlichen HafenCity und in der »Neuen Mitte Altonas«.

Insofern bleibt die Aufgabe, weiterhin Druck zu machen. Verstanden haben das schon mal die Bürgerinnen und Bürger, die durch Engagement den Senat zu schnellerem Handeln bewegen wollen:

»Gagfah schimmelt!«, heißt es am **Samstag, den 28. Mai**, wenn um **13:30 Uhr** in der Wilhelmsburger Korallusstraße/Ecke Korallusring ein Umzug von empörten MieterInnen startet. Demonstriert wird »gegen unzumutbare Wohnverhältnisse« und »für Respekt« den Betroffenen gegenüber. Die von einem Bündnis um »Verikom« organisierte Veranstaltung endet mit einer Kundgebung gegen 15:00 Uhr auf dem Berta-Kröger-Platz.

Am **Dienstag, den 31. Mai**, soll um **19:30 Uhr** im Centro Sociale (Sternstraße 2) ein »breites Bündnis für bezahlbaren Wohnraum« ins Leben gerufen werden. Initiatoren sind die Kampagne »Mietenwahnsinn stoppen« und die AG Mieten im Netzwerk Recht auf Stadt. Für den Herbst wird eine große Demonstration anvisiert. Interessierte können sich per e-Mail (agmieten@rechtaufstadt.net) anmelden.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN führt am **17./18. Juni in Berlin** eine wohnungspolitische Konferenz mit dem Titel »Die geteilte Stadt – Berlin ist überall« durch. Infos und Anmeldung unter <http://www.linksfraktion.de/termine/wohnungspolitische-konferenz/>.

Heiligenschein für Müllberg einsparen!



Der Müllberg Georgswerder ist auch ohne Aufständerung bedrückend genug

Voraussichtlich Anfang Juni werden die neuen Etatpläne des SPD-Senats für den Doppelhaushalt 2011/2012 vorliegen. Die Hoffnung, dass sich an der Streichungspolitik der schwarzgrünen Vorgänger-Regierung etwas ändern könnte, dürfte wohl enttäuscht werden, wie die Debatte um die Kürzungen des Universitätshaushalts um jährlich 13 Mio. Euro schon erkennen lässt. DIE LINKE wird jedenfalls die am 22./23. Juni in der Bürgerschaft beginnenden haushaltspolitischen Erörterungen erneut nutzen, um auf aus ihrer Sicht völlig überflüssige Vorhaben hinzuweisen und zugleich deutlich andere Sparziele auszumachen. Eines davon betrifft den »Energieberg Georgswerder«, über den im BürgerInnenbrief vom 14. Februar 2011 schon einmal berichtet wurde.

Um es erneut in Erinnerung zu rufen: Die Firma Boehringer hatte illegal höchst gefährlichen Müll auf der Sondermülldeponie Georgswerder verbuddeln lassen, bis im Jahr 1983 das Seveso-Dioxin austrat. Rund 10 Kilogramm dieses Gifts befanden sich in den 7 Mio. Kubikmetern Abfall, genug, um die Erdbevölkerung auszulöschen. Die 1984 begonnene aufwändige Sanierung der Deponie hält bis heute an.

Im Rahmen der »Internationalen Bauausstellung« (IBA) soll nun aus dem Müllberg ein Energieberg werden. Die 2009 in-

stallierte Photovoltaikanlage wird im kommenden Jahr erweitert, die Windkraftanlagen sollen durch eine leistungsstärkere ersetzt werden. Gut wäre es sicherlich auch, wenn die vorgesehene »Öffnung« des Bergs für die BürgerInnen zum Beispiel mit Informationen über die Geschichte der Müllentsorgung und den Umgang mit dem hoch giftigen Sondermüll verbunden werden würde – zumal noch immer niemand genau weiß, wie viel Rest-Dioxin noch in der Tiefe der Berge vorhanden ist.

Völlig überflüssig ist allerdings das Projekt, einen teilweise bis zu neun Meter hoch aufgeständerten Laufsteg über den Müllberg führen zu lassen. Der 900 Meter lange Weg soll in einer Breite von 2,5 bis 4,0 Metern auf gleichbleibender Höhe um die drei Kuppeln des Müllbergs verlaufen und zu allem Überfluss auch noch ein abends und nachts illuminiertes Leuchtband mit der Riesenaufschrift »Energieberg Georgswerder« bekommen. Allein die Kosten für den Laufsteg werden »zum gegenwärtigen Zeitpunkt« mit ca. 3,05 Mio. Euro beziffert. Die Finanzierung soll aus den »eingepflanzten Mitteln für Infrastrukturmaßnahmen zur Umsetzung des Leitprojekts »Hamburgs Sprung über die Elbe« erfolgen. Die »Material-, Bau- und Installationskosten« veranschlagt der Senat zur Zeit

mit 0,602 Mio. Euro. »Die weiteren Kosten können zum gegenwärtigen Planungsstand nicht detailliert aufgeschlüsselt werden.« Bekannt ist allerdings schon jetzt, dass für das Betreiben des Leuchtbandes etwa 17 Megawattstunden pro Jahr erforderlich sind. Das ist mehr Energie, als die Photovoltaikanlagen mit ihren 16 Megawattstunden brutto zukünftig erzeugen werden.

Wem dient der Laufsteg und vor allem der Heiligenschein, der den skandalumwitterten Müllberg zukünftig zu einem lichtumkränzten Energieberg machen soll? Das Ganze ist einmal mehr nichts anderes als eine Eventinszenierung, ein in diesem Fall wortwörtlicher Leuchtturm: »Die ringförmige Aussichtsplattform, die über dem Berg zu schweben scheint«, wie es die IBA-Betreiber in einem kleinen »Energiebergführer« blumig ausführen, die »Lust darauf (macht), einen ungewöhnlichen Ort zu besteigen ... und eine neue ebenso mahnende wie begeisternde Dimension der Wahrnehmung« zu eröffnen. Nichts gegen einen Lernort Georgswerder, aber wir brauchen keine Aufständigung, die Millionen Euro verschlingen wird, und ein Leuchtband verschreckt nicht nur die Hasen. Auf dieses Projekt zu verzichten, wäre nicht nur praktizierter Tierschutz, sondern praktiziertes Sparen an der richtigen Stelle!

Behalte den Flug im Gedächtnis, der Vogel ist sterblich!

(Furugh Farochzad, iranische Dichterin)

Wir trauern um unseren Genossen,

Horst Bethge,



der am 12. Mai 2011 im Kreise seiner Familie verstorben ist.

Wir sind sehr traurig und können es schwer begreifen, dass er nicht mehr unter uns ist, obwohl wir wussten, dass er sehr krank war und mit seinem Tod zu rechnen war.

Horsts Tod ist ein großer Verlust für uns. Er war für uns mit seinen politischen Erfahrungen und Erkenntnissen ein wichtiger und wertvoller Mitstreiter und Kämpfer - wir werden ihn im Gedächtnis behalten!

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Am **Dienstag, den 24. Mai**, lädt DIE LINKE St. Pauli zu einer Veranstaltung unter dem Titel **Energieversorgung in öffentliche Hand!** ein. Die Vorsitzende der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dora Heyenn, diskutiert mit Jens Bartels (Kampagnenbündnis »Unser Hamburg – Unser Netz«) in der »Weißen Maus« (Taubenstraße 13/Ecke Hopfenstraße). Die Diskussion ist Bestandteil der Mobilisierung für das Volksbegehren »Unser Hamburg – Unser Netz«, für das zwischen dem 2. und 22. Juni Unterschriften gesammelt werden. Infos unter www.unser-netz-hamburg.de.

Unter dem Motto **Atomkraft: Schluss!** findet am **Samstag, den 28. Mai** die Großdemonstration der Anti-AKW-Bewegung statt, zu der auch DIE LINKE aufruft. Die Reaktorkatastrophe in Fukushima hat gezeigt, dass Atomkraft unbeherrschbar ist und ein unabsehbares Risiko birgt. Demonstriert wird in über 20 Städten bundesweit, in Hamburg beginnt die Demonstration um 11:30 Uhr auf dem Jungfernstieg/Ecke Ballindamm, die Abschlusskundgebung »5vor12« ist für 14:00 Uhr auf dem Fischmarkt vorgesehen. Details unter www.anti-atom-demo.de.

Wie kann der **präventive Sicherheitsstaat** im Schanzenviertel, auf St. Pauli und in St. Georg genauso wie in den anderen Stadtteilen Hamburgs kollektiv zurückgewiesen werden? Darüber diskutieren am **Montag, den 30. Mai um 19:30 Uhr** im Centro Sociale (Sternstr. 2, 20357 Hamburg) RAV, Rote Hilfe, Rote Flora und Recht auf Stadt-Initiativen mit den RechtsanwältInnen Britta Eder, Cornelia Ganten-Lange, Carsten Gericke, Marc Meyer sowie Andreas Blechschmidt, Bela Rogalla und vielen anderen.

Vom Niedriglohn in die Altersarmut? Wer oft den Arbeitsplatz wechseln muss, wer länger arbeitslos ist, wer in der Leiharbeit schlecht bezahlt wird und jederzeit den Job verlieren kann, wer sich mit Mini-Jobs über Wasser hält und, und, und... Wenn der Lohn nicht zum Leben reicht, besteht nach heutiger Gesetzeslage kein Anspruch auf eine vernünftige Rente. Dann droht Altersarmut! Dass dies kein Horrorszenario, sondern bereits bittere Realität ist, darüber spricht **Annelie Buntenbach**, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds, am **7. Juni 2011 um 17:00 Uhr** im Hamburg-Saal des Berufsförderungswerkes BFW Farmsen (August-Krogmann-Str. 52, U1 bis Farmsen). Eingeleitet wird die Veranstaltung von Wolfgang Rose (ver.di Landesbezirksleiter Hamburg).

Eine höchst interessante **Studie** hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unter dem Titel **Strategien der Kommunen für ihre kommunalen Wohnungsbestände – Ergebnisse einer Kommunalbefragung** veröffentlicht. Sie informiert über die problematischen Auswirkungen der Privatisierung von öffentlichen Wohnungsbeständen: Seit 1997 wurden rund 700.000 ehemals kommunale Wohneinheiten verkauft. 56% der befragten Kommunen versprachen sich kurzfristige Verbesserungen der finanziellen Lage, doch nur 31% stellten eine langfristige Verbesserung fest. Die Studie kann als pdf-Datei unter <http://www.bbsr.bund.de/> heruntergeladen werden.

Mit Hare-Niemeyer linke Opposition behindern



Schon in der vergangenen Legislaturperiode war DIE LINKE von einer Teilnahme an der Kommission für Bodenordnung ausgeschlossen. Nicht zufällig, denn in diesem erlauchten Gremium werden vor allem die Grundstücksverkäufe aus dem Bestand der Freien und Hansestadt Hamburg beraten. Da Eigentum, Bodenpreise und Verkaufserlöse in dieser Gesellschaftsformation heilig sind, muss DIE LINKE eben außen vor bleiben. Obwohl dies – so signalisierten zumindest einige ParlamentarierInnen mit schlechtem Gewissen – nach der Bürgerschaftswahl geändert werden sollte, hat sich die Diskriminierung demokratisch gewählter Abgeordneter nun noch verschärft: DIE LINKE bleibt nun neuerdings auch in der Kommission für Stadtentwicklung außen vor.

Wie das dann mit fadenscheinigen Begründungen exekutiert wird, lässt sich am Beispiel der Bodenkommission veranschaulichen. Hier wurde die personelle Stärke mit neun Mandaten so festgelegt, dass die SPD fünf Sitze, die CDU zwei und die GAL sowie die FDP jeweils einen Sitz erhalten. Mit der Hare-Niemeyerschen Zählweise wurde so erreicht, dass die FDP eben noch ein Mandat bekommt, DIE LINKE aber gerade nicht mehr. Die etablierten Parteien verweigern das der Linksfraktion zustehende Grundmandat in diesen wichtigen Ausschüssen und es darf dann auch kein/e linke/r Abgeordnete/r an den Sitzungen teilnehmen.

Dass dies System hat, macht ein Blick auf die inzwischen weitestgehend abgeschlossene Besetzung der mehr als 100 Ausschüsse in den sieben Hamburger Bezirken deutlich. »In der Bezirksversammlung Eimsbüttel, Hamburg-Nord, Wandsbek und Bergedorf«, heißt es in einer Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage vom 3. Mai, »wurden in Unterausschüssen mit einer Ausschussgröße von neun Mitgliedern Grundbeziehungswise Ausgleichsmandate vergeben, die zu Abweichungen von dem Kräfteverhältnis in der Bezirksversammlung führen.« Im Klartext: Mit Hare-Niemeyer darf man schon mal den WählerInnenwillen verfälschen. Es wäre wohl zu viel des gesunden Menschenverstandes, wenn man erwarten würde, dass zumindest die durch die Wahl zustande gekommenen Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen Berücksichtigung finden.

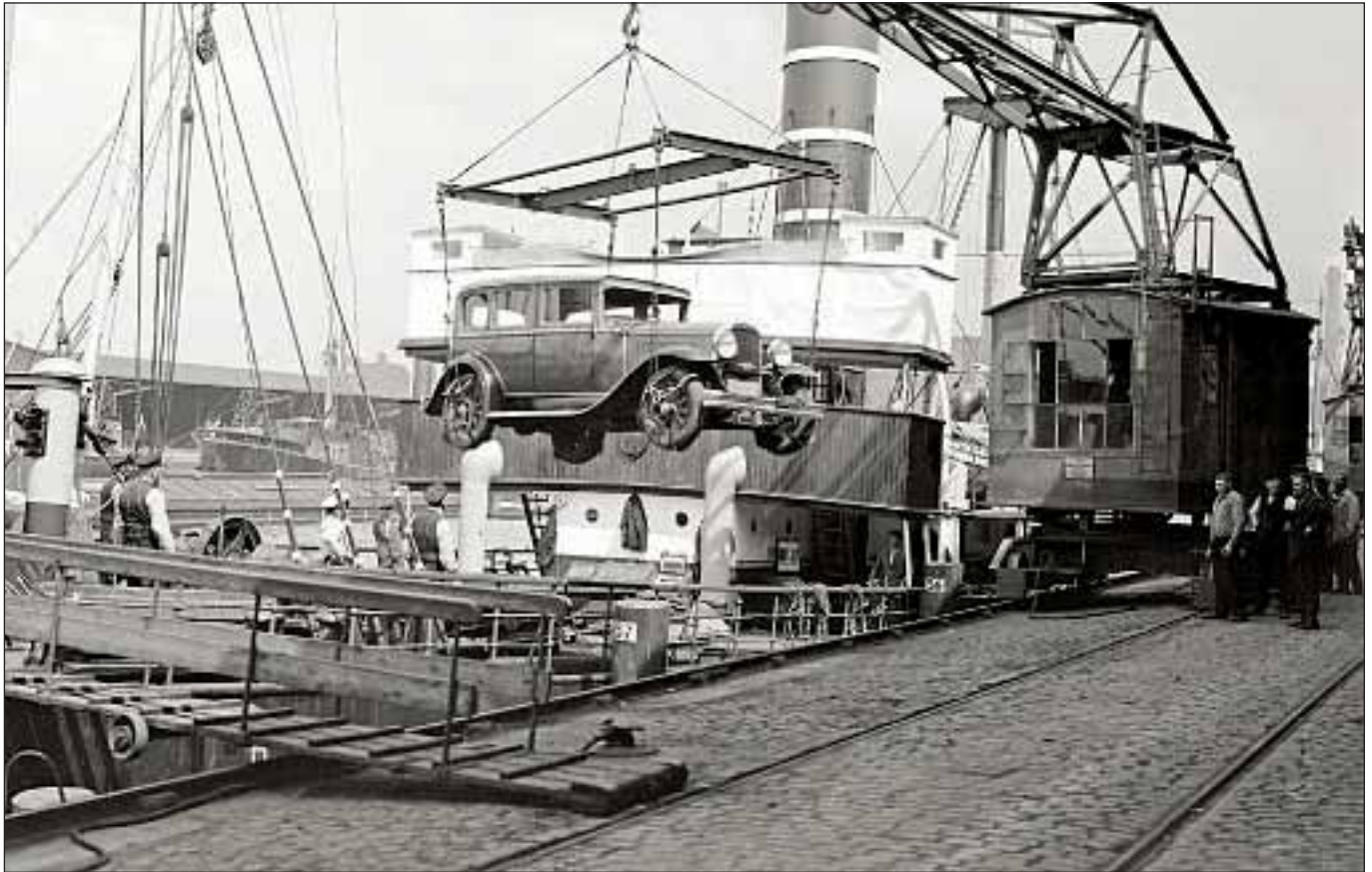
Letzteres geschieht insbesondere im Bezirk Hamburg-Mitte nicht. Hier hat die SPD bei der Wahl zur Bezirksversammlung am 20. Februar 2011 47,4% und damit 25 Mandate gewonnen. Damit hat sie knapp die absolute Mehrheit verfehlt und regiert seitdem »mit wechselnden Mehrheiten«. Formal gesehen verfügt die Opposition insgesamt über 26 Mandate (CDU 9, GAL 8, LINKE 5, Piratenpartei 2, FDP 2). Damit sind die Ver-

hältnisse in der Bezirksversammlung klar, nur eben nicht in den 17 Fach- und Unterausschüssen. Hier ist die Ausschussgröße genau so beschlossen worden, dass die SPD in sämtlichen Fachausschüssen die absolute Mehrheit hat, übrigens mit Hilfe der GAL. Wie zufällig sind sämtliche Ausschüsse mit einer ungeraden Personenzahl eingesetzt worden. So hat der Stadtplanungsausschuss 15 Mitglieder, acht von ihnen gehen an die SPD. Die Ausschüsse für Wohnen und Verkehr haben jeweils 13 Mitglieder, sieben Sitze entfallen dabei auf die SozialdemokratInnen.

»In der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte besteht die Situation«, so die Senatsantwort auf die Kleine Anfrage, »dass die SPD- und die GAL-Fraktion in allen Ausschüssen mit 15 und neun Sitzen die gleiche Nachkommastelle haben, weswegen nach der Hare-Niemeyer-Berechnung in diesen Fällen das Los über den letzten freien Ausschusssitz zu entscheiden hatte.« Durch Los fiel das Mandat jeweils an die SPD – und trägt zu einer Verzerrung der bezirklichen Wahlergebnisse bei. Dazu sagt der § 17 Absatz 1 des Bezirksverwaltungsgesetzes eigentlich eindeutig: »Die Besetzung der Ausschüsse erfolgt nach Maßgabe des Stärkeverhältnisses der Fraktionen auf der Grundlage des Berechnungsverfahrens nach Hare-Niemeyer. Jede Fraktion der Bezirksversammlung kann beanspruchen, in jedem Ausschuss mit mindestens einem Sitz vertreten zu sein (Grundmandat). Die Mehrheitsverhältnisse der Bezirksversammlung können in den Ausschüssen durch zusätzliche Mitglieder wiederhergestellt werden (Ausgleichsmandat).« Das aber bedeutet unmissverständlich, dass jeder Partei, die die 5%-Hürde überschritten hat und damit eine Fraktion bilden kann, ein Grundmandat zusteht (was in den bürgerschaftlichen Kommissionen missachtet wird). Der gesunde Menschenverstand würde das Gesetz so interpretieren, dass die bei der Wahl erzielten Mehrheitsverhältnisse sich auch in den Ausschüssen wiederfinden lassen müssen, notfalls durch zusätzliche Ausgleichsmandate; nicht jedoch die agieren Politiker von SPD und GAL im Bezirk Mitte, die das bisher ablehnen.

Durch fragwürdige Auszählmethoden und noch seltsamere politische Entscheidungen werden die Wahlergebnisse in den Kommissionen und Ausschüssen nicht angemessen widerspiegelt. Ob das mit den im Grundgesetz und in der Hamburger Verfassung festgeschriebenen Rechten des Souveräns vereinbar ist, wird die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Eingaben und Anträge und ggfs. auch eine Klage überprüfen lassen und zu verändern suchen.

Kultur Tipp: Requiem auf die Hafен-Krane



Hommage an die »Hebezeuge der Stückgutzeit« im Hamburger Hafen

Mit dem **Elbjazz Festival** am **27. und 28. Mai** soll in und um die HafenCity auf teilweise grandiosen Bühnen mit 50 Konzerten deutlich gemacht werden, dass Hamburgs Hafen führender »Umschlagplatz für Jazz aus aller Welt« ist. Vom Charlie Haden Quartet West (27.5., 20:30 Uhr, Blohm+Voss Maschinenbauhalle) über Klaus Doldinger's Passport (27.5., 23:00 Uhr, Blohm+Voss Hauptbühne) bis zur NDR Bigband Hafensinfonie (28.5., 16:15 Uhr, Blohm+Voss) sind viele bekannte Jazzformationen zu sehen und vor allem zu hören. Leider sind die Eintrittspreise mehr als happig: Das Tagesticket kostet 39,90 Euro, das Kombiticket für sämtliche Veranstaltungen 59,90 Euro (Karten und Infos zum Gesamtprogramm: www.elbjazz.de), da ist der freie Eintritt für das Eröffnungskonzert mit den »Gabby Young & Other Animals« auf den Marco-Polo-Terrassen am Donnerstag, den 26. Mai, nur ein schwacher Trost.

Im Rahmen des Festivals veranstalten der Lichtkünstler und Schöpfer des »Hamburger Jedermann« Michael Batz (Text) und Markus Voigt (Musik) unter dem Titel **HIEV OP!** ein »Re-

quiem auf die Krane« – eine »Hommage an die klassischen Hebezeuge der Stückgutzeit für Sprecher, Chor und Brass Quartett«, die am **27. Mai um 21:30 Uhr** und am **28. Mai um 21:00 Uhr** vor dem 50er-Schuppen im Freihafen (Australiasstraße, vor dem Hafенmuseum bei den Kampnagelkränen) aufgeführt wird. »Die Anregung zu diesem Requiem – nicht auf die menschliche Seele, sondern übertragen auf die großen Arbeitsmaschinen des Hafens – geht zurück auf Gespräche mit ehemaligen Kampnagel-Kranbauern. Das Verschwinden ihrer Lebensarbeit, der Hafенkrane, ging einigen von ihnen so nahe, dass sie vom Verlust ihrer Seele und vom eigenen Verschwinden sprachen: »Wenn die jetzt weg gehen, ist es so, als wären wir nie da gewesen.« In einem Sprechatorium mit Musik (Robin Brosch, Jörg Gillner, Torsten Hammann, Patricia Rieckhof, Erik Schäffler; Markus Voigt Quartett) wird an die Zeit der klassischen Krane erinnert. In den Text dieses ungewöhnlichen Requiems sind »Baubeschreibungen, Konstruktionspläne, Prospektunterschriften sowie Lebenserinnerungen« eingegangen.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de oder heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Bucceriusstr. 2, 20095 Hamburg.